



ایران رپورت

Iran-Report

07/21

Juli 2021 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

Innenpolitik	2
Kultur	12
Wirtschaft	15
Aussenpolitik	18

Iran befand sich bereits vor der Corona-Pandemie im Krisenmodus. Die umfassenden Sanktionen, die die USA nach ihrem Austritt aus dem Atomabkommen 2018 gegen die Islamische Republik verhängten, hatten eine schwere Rezession zur Folge und empfindliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der Iraner/innen. Die neue US-Regierung hat die Sanktionen in ihren ersten Wochen im Amt nicht gelockert. Derweil ist unklar, ob und wann das Atomabkommen wiederbelebt werden kann. In Reaktion auf interne und externe Bedrohungsszenarien monopolisiert die Führung die Macht immer weiter zu Gunsten der Konservativen und Ultras. Insbesondere die Revolutionsgarden sicherten politisch und wirtschaftlich ihre Interessen und gewannen an Schlagkraft.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den Iran-Report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://www.boell.de/iran-report>. Mit einer E-Mail an info@boell.de können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

IMPRESSUM

Autor: Bahman Nirumand
Redaktion: Anja Hoffmann
V.i.S.d.P.: Annette Maennel
20. Jahrgang

INNENPOLITIK

Raisi erwartungsgemäß zum neuen Präsidenten gewählt / Chamenei rief zur Teilnahme an der Wahl auf / Proteste gegen die einseitige Auswahl der Kandidaten / Stellungnahmen einiger abgelehnter Bewerber / Chatami: eine „rigorose“ Einschränkung der Rechte des Volkes / Rohani kritisierte den Wahlkampf / Früherer Geheimdienstchef nennt Gründe für Ablehnung eines populären Kandidaten / Großbrand in Teheran / Sasan Niknafs im Gefängnis gestorben / Franzose wegen Spionage angeklagt / Drei Millionen Corona-Infizierte

RAISI ERWARTUNGSGEMÄß ZUM NEUEN PRÄSIDENTEN GEWÄHLT

Wie erwartet ging bei den Präsidentschaftswahlen am 18. Juni Ebrahim Raisi als Sieger hervor. Er konnte mit 61,9 Prozent der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit der Stimmen für sich buchen. Kurz vor der Wahl hatten drei der sieben Kandidaten, die der Wächterrat als geeignet eingestuft hatte, auf ihre Bewerbung verzichtet, zwei von ihnen zugunsten von Raisi. Die anderen drei Kandidaten lagen weit hinter Raisi zurück. Zweiter wurde Mohssen Resai mit 11,79 Prozent der Stimmen, Abdolnasser Hemmati bekam 8,38 Prozent und Ghasisadeh Haschemi 3,45 Prozent der Stimmen.

Interessant bei dieser Wahl war nicht die Frage, wer als Sieger hervorgehen wird. Denn nach der vom Wächterrat getroffenen Auswahl stand bereits fest, dass Raisi die Wahl gewinnen würde. Spannend war die Frage, wie hoch die Wahlbeteiligung sein würde. Zahlreiche Gruppen und Personen im In- und Ausland hatten zum Wahlboykott aufgerufen. Das Ergebnis war, dass die Wahlbeteiligung so niedrig ausfiel wie noch nie in der 42-jährigen Geschichte der Islamischen Republik. Sie lag bei 48,8 Prozent. In der Hauptstadt Teheran gingen nach Angaben des Innenministeriums lediglich 26 Prozent der Wählerinnen und Wähler zu den Wahlurnen, das heißt von je vier Personen boykottierten drei Personen die Wahl. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen vor vier Jahren lag die Wahlbeteiligung bei über 70 Prozent.

Zu den Wahlverweigernden kamen noch jene Wählerinnen und Wähler, deren Stimmzettel ungültig waren. Die Zahl der ungültigen Stimmen lag bei 3,7 Millionen. Das ist sogar höher als die Zahl der Stimmen, die für den zweiten Kandidaten, Mohssen Resai, abgegeben wurden. Bei diesen Wählerinnen und Wählern handelt es sich zumeist wohl um solche, die zwar aus Furcht vor den Folgen eines Wahlboykotts gewählt, aber aus Protest eine ungültige Stimme abgegeben haben.

Die niedrige Wahlbeteiligung und die hohe Zahl der ungültigen Stimmen sind für die Machthaber niederschmetternd. Hatte doch Revolutionsführer Ali Chamenei vor nicht allzu langer Zeit über westliche Demokratien gespottet. In diesen Staaten käme man bei Wahlen nicht über 50 Prozent Wahlbeteiligung hinaus, während in der Islamischen Republik die Wahlbeteiligung noch nie unter 70 Prozent gewesen sei, sagte er.

Peinlich ist auch die Aussage dieser Wahl über die Basis der Machthaber in der Bevölkerung. Nimmt man die Wahlverweigerer, die ungültigen Stimmen und die fast neun Prozent der Stimmen, die für den moderaten Kandidaten Abdolnasser Hemmati abgegeben wurden, kommt man auf rund 70 Prozent der Stimmen. Das bedeutet, dass die Machthaber im besten Fall, aus welchem Grund auch immer, von 30 Prozent der Bevölkerung unterstützt werden.

Die neue Regierung wird Mitte August mit ihrer Arbeit beginnen. Raisi hat bislang seinen Posten als Chef der Justiz nicht niedergelegt. Auch das ist ein Novum in der Islamischen Republik, dass eine Person zugleich über zwei Gewalten, Exekutive und Judikative, verfügt.

Chamenei sprach am Tag nach der Wahl von „einem großen Sieg des iranischen Volkes“: „Es hat sich abermals gezeigt, dass die Propagandamaschinerie der Feinde und die trügerischen Gedanken der Zyniker nichts ausrichten konnten“, sagte er. „Das Volk hat sich wieder einmal erhoben und hat mitten im politischen Herz des Landes Präsenz gezeigt.“

Der noch amtierende Präsident Hassan Rohani, der beim Wahlkampf vor vier Jahren Raisi als „Schreibtischtäter“ bezeichnet und ihm vorgeworfen hatte, sein ganzes Leben nichts anderes getan zu haben, als Gefängnisstrafen zu verordnen und Todesurteile zu fällen, gehörte zu den Ersten, die dem neuen Präsidenten ihre Aufwartung machten. „Ich habe keinen Zweifel daran, dass das ganze Volk die Regierung unterstützen wird, sowohl jene Menschen, die nicht zur Wahl gegangen sind, als auch jene, die gewählt haben. Ab August wird Herr Raisi der Präsident aller Iraner sein, unser Präsident.“ Raisi sagte, er werde sicherlich die Erfahrungen der Vorgängerregierung verwenden und mit dem jetzigen Kabinett eine gemeinsame Sitzung abhalten.

Auch Außenminister Mohammad Dschawad Sarif beglückwünschte Raisi zu seinem Sieg. Es habe ein sehr gutes Gespräch zwischen den beiden über das Atomabkommen und die Außenpolitik gegeben, hieß es aus dem Außenministerium. In einem Interview mit mehreren internationalen Sendern sagte Sarif, er kenne Raisi seit mehr als drei Jahrzehnten und schätze seine Fähigkeiten. Er werde das Land „sehr gut regieren“ können.

Keiner der Kandidaten legte gegen die Wahl Beschwerde ein. Die Unterlegenen gratulierten Raisi zu seinem Sieg. Sollte es Beschwerden gegen die Wahl geben, müsste die Justiz sie prüfen, deren Chef Raisi ist. Zu den Unregelmäßigkeiten der Wahl gehörte die wiederholte Verlängerung der Öffnungszeit der Wahllokale. Offenbar hoffte man, damit die Wahlbeteiligung erhöhen zu können. Erst um zwei Uhr in der Nacht von Freitag auf Samstag wurden die Wahllokale geschlossen. Das ist ein Verstoß gegen die Wahlgesetze. Beim Wahlkampf hatte der Kandidat Mohssen Mehralsadeh Raisi vorgeworfen, er habe nur einen Abschluss der Grundschule. „Damit sind Sie nicht in der Lage, die Wirtschaft des Landes zu organisieren“, sagte er. Raisi selbst bezeichnet sich als promovierter Jurist. Dazu wurde ein Dokument veröffentlicht, dessen Echtheit von Experten bezweifelt wird. Einem Beschluss des Parlaments zufolge kann ein Bewerber, der falsche Dokumente vorlegt, nicht an der Wahl teilnehmen. Aber es wird angenommen, dass die Justiz den Vorwurf ignorieren wird.

Der 61-jährige Raisi hat einen unerbittlichen Kampf gegen Armut und Korruption angekündigt. Außenpolitisch muss sich der Geistliche, der einen schwarzen Turban trägt, weil er angeblich zu den Nachfahren des Propheten Mohammed gehört, seine Positionen erst noch erarbeiten. Früher hat er sich gegen das Atomabkommen ausgesprochen, aber im Wahlkampf sagte er, er wolle die Verhandlungen fortsetzen. Um bei den Verhandlungen gute Ergebnisse erzielen zu können, sei eine „starke Regierung“ nötig, sagte er. Dennoch wird angenommen, dass es ihm wesentlich schwerer als Rohani gelingen wird, die Beziehungen zu den westlichen Staaten, insbesondere zu den USA, zu normalisieren. Nicht zuletzt deshalb, weil er sowohl bei den Amerikanern als auch bei der EU auf der Sanktionsliste steht, mit der Begründung, er sei für Hinrichtungen von Tausenden politischen Gefangenen mitverantwortlich.

CHAMENEI RIEF ZUR TEILNAHME AN DER WAHL AUF

48 Stunden vor der Wahl rief Revolutionsführer Ali Chamenei die Bevölkerung zur Teilnahme an der Wahl auf. Alle sollten wählen gehen und einen „starken Präsidenten“ wählen. Eine geringe Teilnahme könne den wirtschaftlichen Druck erhöhen. „Wenn wir nicht teilnehmen, werden die Feinde den Druck auf das Land erhöhen“, sagte der geistliche Führer im staatlichen Fernsehen. „Wenn wir wollen, dass der wirtschaftliche

Druck abnimmt und die Sanktionen aufgehoben werden, müssen wir an der Wahl teilnehmen. Dann können wir den Feinden zeigen, dass dieser Staat von den Massen unterstützt wird.“

Er sei sich darüber bewusst, dass jene, die vieles entbehren müssen, unentschlossen seien, ob sie zur Wahl gehen sollten. Aber „nicht teilnehmen bedeutet, zum Staat Abstand nehmen“, sagte Chamenei weiter. Er rief besonders die Erst- und Jungwähler auf, „ihren geliebten Staat“ zu unterstützen. Er wisse aus den Umfragen, dass viele Menschen im Lande „zu Recht“ mit ihrer Lage unzufrieden seien. Doch ihr Entschluss, nicht zu wählen, sei nicht richtig. „Ein Wahlboykott löst die Probleme nicht.“ Bei der Wahl seien „unterschiedliche Geschmacksrichtungen“ nicht entscheidend. „Alle müssen an der Wahl teilnehmen“, sagte Chamenei.

Wenn dem so ist und es nicht um „Geschmacksrichtungen“ (politische Strömungen) geht, bei denen man sich für eine Richtung entscheidet, fragt sich, warum man dann von einer Wahl spricht. Man könnte einfach alle vier Jahre eine Zeremonie veranstalten, bei der einer Person, die der Führer zum Präsidenten ernennt, applaudiert wird.

Chamenei kritisierte jene, die „mit ihren abwegigen und irrigen Analysen die Menschen in die Resignation treiben“. Deren Ziel sei nichts anderes, als den Staat zu schwächen, sagte er. Auch ausländische Feinde versuchten seit Monaten, die Wähler von dem Gang zu den Urnen abzuhalten. „Die Präsenz der Volksmassen auf der politischen Bühne verleiht dem Staat Macht und Kraft. Natürlich beruht die Macht des Staates auch auf seiner militärischen, wirtschaftlichen und politischen Stärke. Aber nichts von alledem ist so machtspendend wie die Präsenz der Massen. Die Feinde wissen sehr wohl, dass ein schwacher Staat nicht für die Sicherheit seiner Bürger sorgen kann. Ein schwacher Staat wird zu einem Tummelplatz für Terroristen. Auf einen solchen Staat kann man Druck ausüben, ihn zu Zugeständnissen zwingen“, warnte der Revolutionsführer.

„Ein anderer Punkt betrifft den Staatspräsidenten“, sagte Chamenei. „Wenn ein Staatspräsident mit hoher Stimmzahl gewählt wird, wenn er ausreichend unterstützt wird, wird er ein mächtiger Präsident, der große Schritte unternehmen kann. Unser Land hat große Potentiale. Es kommt nun darauf an, diese Potentiale zu nutzen und sie zum Wohl des Volkes einzusetzen.“

„Es wird behauptet, dass es bei dieser Wahl keine Konkurrenz gebe. Aber ihr habt bei den Fernsehduells gesehen, wie die Kandidaten miteinander konkurrierten, wie unterschiedlich ihre Meinungen waren.“ Dass der Sieger von vornherein feststand, sagte Chamenei nicht.

PROTESTE GEGEN DIE EINSEITIGE AUSWAHL DER KANDIDATEN

Nachdem der Wächterratt seine Auswahl der Kandidaten getroffen und aus 592 Bewerbern lediglich sieben als geeignet für die Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen eingestuft hatte, gab es heftige Proteste in den Medien, vor allem in den sozialen Netzwerken. Unter den abgelehnten Bewerbern gab es einige, die sich der Entscheidung beugten, um ihre Loyalität dem System gegenüber zu demonstrieren. Es gab aber auch einige, die sich dagegen wehrten.

Unmittelbar nach der Bekanntgabe protestierte Sadegh Laridschani gegen die Entscheidung. Der ehemalige Justizchef ist gegenwärtig selbst Mitglied des Wächterrats und zugleich Vorsitzender des Schlichtungsrats. Er sei seit 20 Jahren Mitglied des Wächterrats, habe in all den Jahren die Entscheidungen des Rats mitgetragen und verteidigt, sagte er. Doch er habe bei keiner Entscheidung so große Probleme gehabt, sie zu verteidigen, wie bei der letzten Auswahl der Kandidaten, sowohl im Bezug auf Ablehnungen als auch auf Zulassungen. Er kritisierte die „zunehmenden Einflussnahmen“ der Sicherheitsdienste. „Ich bin sehr besorgt um den Ruf des Wächterrats“, sagte

Laridschani. Doch ob erschrocken über seinen eigenen Mut oder aus Furcht vor den Folgen änderte er am nächsten Tag den Ton seiner Äußerung. Er sagte: „Gestern habe ich mich kritisch über die Entscheidung des Wächterrats geäußert, was manche ungebetene Gäste und konterrevolutionäre Gruppen zu dem irrigen Glauben veranlasst hat, sie könnten meine Äußerung zu ihrem Vorteil missdeuten. Sie sollten wissen, dass zwischen uns und ihnen unüberwindbare Grenzen bestehen. Meine Äußerung – ob sie angebracht war oder nicht – erfolgte aus der Sorge um das Ansehen und Vertrauen des Wächterrats.“

Chamenei verteidigte den Wächterrat, obwohl Präsident Hassan Rohani ihn in einem Schreiben gebeten hatte, eine Überprüfung der Entscheidung zu veranlassen. Vor einer Versammlung von Parlamentsabgeordneten sagte er, der Wächterrat habe seine Pflicht getan, „der Rat hat getan, was er für nötig und richtig hielt.“ Er forderte die Wähler auf, an der Wahl teilzunehmen. „Hört nicht auf jene, die den Urnengang für überflüssig halten“, betonte er. „Wichtig ist nicht der Name eines Kandidaten. Die Menschen wollen Personen an der Spitze des Staates sehen, die führen können, einen starken Willen haben.“ Chamenei bedankte sich bei den Kandidaten, die ohne Protest die Abweisung „mit Würde“ hingenommen hätten.

Erstaunlicherweise änderte Chamenei wenige Tage später seine Meinung und kritisierte die Entscheidung des Wächterrats. „In dem Prozess (der Auswahl) wurde einigen aussortierten Kandidaten Unrecht getan“, sagte er am 3. Juni im Staatsfernsehen. Nach dieser Äußerung wurde allgemein angenommen, dass der Wächterrat weitere Bewerber zulassen würde. Doch der Rat blieb unnachgiebig. Sicherlich sei auch der Rat nicht frei von Fehlern, erklärte der Sprecher Abbasali Kadchodai. Aber die Überprüfung eines jeden Bewerbers sei genau durchgeführt worden. Unsachliche und falsche Berichte hätten dabei keine Rolle gespielt. Gründe für die Ablehnung der einzelnen Bewerber könnten der Öffentlichkeit jedoch nicht mitgeteilt werden, denn es gehe um den Schutz der Privatsphäre der betroffenen Personen.

STELLUNGNAHMEN EINIGER ABGELEHNTER BEWERBER

Einige prominente Bewerber, die der Wächterrat abgelehnt hatte, übten scharfe Kritik gegen die Entscheidung. Zu ihnen gehört der frühere Präsident Mahmud Ahmadinedschad. „Die Gesellschaft steht vor einem Zusammenbruch“, sagte er. „Es droht der Aufstand der Hungernden und Habenichtse. Das spüre ich jeden Tag mehr. Ich fürchte und es tut mir weh, dass die islamische Staatsordnung und die Revolution, für die Hunderttausende geblutet haben, wegen Dummheit und Unfähigkeit einiger Personen zugrunde gehen.“ Dem Land gehe es derzeit „im wahrsten Sinne des Wortes schlecht“. „Die katastrophale Lage der Wirtschaft und Gesellschaft und der kulturelle Zerfall sind unbeschreiblich. Die Sicherheit ist dadurch bedroht, dass überall, in allen Furchen des Staates, Fremdkörper eingedrungen sind und schlimme Schäden verursacht haben. Es ist nicht nur Schwäche, sondern auch Verrat.“ Er, Ahmadinedschad, habe diese Gefahren gespürt und sei „auf Wunsch der Wähler auf die Bühne getreten“ und werde sich nicht zurückdrängen lassen. Die Zurückweisung seiner Bewerbung werde „weitgehende Folgen“ haben. Ohne bestimmte Namen zu nennen, sagte er, einige Personen hätten die Ablehnung geplant. Sie seien nach Beratung mit ihren ausländischen Unterstützern zu dem Schluss gekommen, dass es keinen anderen Ausweg gebe als den „Kandidaten des Volkes“ (Ahmadinedschad) entweder physisch zu vernichten oder seine Bewerbung zurückzuweisen. „Ich werde, wie ich bereits angekündigt habe, bis zu meinem Lebensende an der Seite meines Volkes bleiben, die Revolution verteidigen und um keinen Schritt zurückweichen. Ich verlange, dass die Gründe für meine Ablehnung öffentlich bekanntgegeben werden.“ Zugleich betonte Ahmadinedschad, dass er Protestdemonstrationen gegen seine Ablehnung nicht unterstützen werde. „Die Feinde werden mit Blick auf die katastrophale Lage des Landes den wirtschaftlichen Druck erhöhen, die Auflösung der Revolutionsgarden, ausländische Beobachter bei den Wahlen

und eine Volksbefragung fordern und am Ende den islamischen Staat vernichten. Und einige im Inland werden das begrüßen“, sagte Ahmadinedschad. In einem anderen Interview sagte er, es wäre besser, wenn die Geheimdienste, anstatt ihm nachzuspionieren, die Atomanlage in Natans und andere sensible Objekte schützen würden.

Es wurde bekannt, dass einen Tag vor der Bekanntgabe der Auswahl des Wächterrats General Hossein Nedschat, verantwortlich für die Sicherheit der Hauptstadt, Ahmadinedschad in seinem Haus aufgesucht und ihn aufgefordert hat, Ruhe zu bewahren und mit den Behörden zu kooperieren. Nach den Äußerungen Ahmadinedschads veröffentlichte das Geheimdienstministerium eine Erklärung, in der die Behauptungen Ahmadinedschads als „realitätsfern“ und „Aufruhr stiftend“ bezeichnet wurden. Weiter heißt es in der Erklärung: „Auf Anordnung des Revolutionsführers haben derzeit die Stärkung der Sicherheit, Wahrung der nationalen Einheit und höchste Wahlbeteiligung absolute Priorität, um jeden Missbrauch durch Feinde auszuschließen.“ Die gebührende Antwort auf Unterstellungen und unwahre Behauptungen Ahmadinedschads werde zu gegebener Zeit folgen, hieß es in der Erklärung des Informationsministeriums.

Weitere Stellungnahmen umfassten jene von:

Mohammad Dschawad Hodschatti Kermani, ehemaliges Mitglied des Expertenrates, forderte Revolutionsführer Chamenei auf, durch ein Dekret Ebrahim Raisi zum Staatspräsidenten zu ernennen. „Sparen Sie den Wählern den Gang zu den Urnen und die Teilnahme an einer Scheinwahl und sparen Sie die Milliarden, die für den Wahlkampf ausgegeben werden.“ Kermani bezeichnete die einseitige Auswahl der Bewerber als „unglaublich“ und meinte, die spürbare Resignation bei den Wählern und politischen Strömungen werde „gefährliche Folgen“ haben. Er hoffe, Chamenei, mit dem Kermani befreundet ist, werde genug Mut aufbringen, Raisi zu ernennen. Dann werde das Volk ihn als einen „ehrlichen, klugen und mutigen Führer“ akzeptieren.

Hassan Chomeini, Enkel des Gründers der Islamischen Republik, Ayatollah Chomeini, sagte zu der Auswahl laut der Website Dschamaran: „Es ist nicht erlaubt, anstelle des Volkes zu entscheiden.“ Nur das Votum der Mehrheit könne die Legitimität des Staates garantieren. „Seid gerecht, Freunde. Ihr habt das Recht, zu wählen, auch ich habe das Recht, zu wählen, wen ich wählen möchte. Die Mehrheit entscheidet, wer gewinnt. Es geht aber nicht, wenn ihr sagt, wir wählen und du hast das Recht, für den zu stimmen, den wir gewählt haben.“ Der Wächterrat habe mit seiner Entscheidung die Wurzeln der islamischen Staatsordnung verbrannt, sagte Chomeini. „Jeder Angriff auf die Prinzipien der Republik ist konterrevolutionär.“

Chomeini wollte ursprünglich selbst für das Amt des Präsidenten kandidieren, doch Revolutionsführer Chamenei hatte ihm davon abgeraten.

Mostafa Tadschsadeh, ehemaliger Staatssekretär im Innenministerium, der als Vertreter der Reformbewegung Popularität genießt, nahm ebenfalls zu seiner Ablehnung Stellung. In einer am 25. Mai veröffentlichten Erklärung bezeichnete er die Zurückweisung seiner Bewerbung als „illegal“. Er werde sich in Zukunft mit aller Kraft für die Abschaffung der Vorwahl durch den Wächterrat, gegen Manipulierung der Wahl und für freie Wahlen einsetzen, schrieb er. Was der Wächterrat, dessen Mitglieder „Lohnempfänger des Volkes“ seien, getan habe, sei ein eindeutiger Verstoß gegen die Verfassung und gegen die Rechte des Volkes. Bei diesen Wahlen habe man sich nicht mit Manipulationen begnügt, sondern von vornherein den Sieger ernannt.

„Ich hatte mich beworben, mit der Hoffnung, die große Kluft zwischen dem Volk und dem Staat zu verringern, damit der Staatspräsident und die Regierung, unterstützt von der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Probleme bewältigen und die weitverbreiteten Ungerechtigkeiten, die Ungleichheiten und die Willkür beenden können“, schrieb

Tadschsadeh. „Mein Ziel war, einen sofortigen Strukturwandel zu vollziehen, um die Einmannherrschaft zu beenden und das Land aus der gegenwärtigen Sackgasse heraus zu retten.“

„Ich leugne nicht, dass feindliche Verschwörer unser Land schwächen wollen. Aber der Staat hat kein Recht, unter dem Vorwand, gegen die Verschwörungen vorzugehen, gegen das Recht der Kritiker zu verstoßen, Proteste niederzuschlagen, die Wahlen zu manipulieren und die Herrschaft des Rechts außer Kraft zu setzen.“ Zudem dürften feindliche Aktivitäten über eigene Schwächen und Unfähigkeiten nicht hinwegtäuschen. „Meiner Meinung nach kann man mit maroden und brüchigen Strukturen und der kostspieligen und zeitraubenden Feindschaft gegen die USA keine großen Schritte unternehmen, um die Wirtschaft zu entwickeln, für den Wohlstand der Menschen zu sorgen, die Preise zu zügeln, die Inflation zu bändigen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, auch nicht, um gegen die Korruption, Sanktionen und Ungleichheiten vorzugehen.“

„In einer Situation, in der sich die Probleme angehäuft haben und in der die nationale Sicherheit gefährdet ist, ist es mehr als sonst erforderlich, das Vertrauen im Volk herzustellen und die Unterstützung aller politischen Strömungen zu gewinnen“, schrieb Tadschsadeh. „Doch die herrschende Macht hat genau das Gegenteil getan, hat sich einseitig entschieden und sogar die Frauen völlig ausgeschlossen.“ Jeder Bewerber, der möglicherweise in der Lage und gewillt gewesen wäre, vom bereits festgelegten Weg abzuweichen, sei abgewiesen worden, mit dem Ziel, mit einer Minderheit von 15 Prozent eine Monopolherrschaft zu errichten und damit auch einen möglichen Wechsel an der Spitze (nach dem Tod Chameneis) nach eigenem Gutdünken zu gestalten.

„Ich warne den Revolutionsführer vor den verheerenden Folgen der Monopolisierung der Macht. Ich betone, dass ich niemals den friedlichen Weg des Kampfes verlassen werde. Wir knüpfen unsere Hoffnungen weder an fremde Mächte noch an gewaltsame Methoden, auch dann nicht, wenn der Staat alle unsere Wege versperrt und, wie jetzt geschehen, mit illegalen Methoden seine Ziele verfolgt und die Rechte der Bürger außer Kraft setzt. Tadschsadeh betonte, der Staat könne alles monopolisieren, die Grundrechte außer Kraft setzen, politische Aktivitäten untersagen, aber er könne nicht „unsere Freiheitsappelle“ verhindern. „Es ist ein Irrtum, wenn der Staat glaubt, mit der Zurückweisung von Kandidaten den Ruf nach Freiheit ersticken zu können.“

Eshagh Dschahangiri, amtierender Vizepräsident, erklärte: „Die Verantwortung für die Entscheidung und deren juristische, rechtliche, politische und gesellschaftliche Folgen trägt der Wächterratt. Sie ist ein ernstzunehmender Angriff auf gleichberechtigte Teilnahme, freien Wettbewerb und auf politische Strömungen, insbesondere auf die Reformbewegung.“

Ali Laridschani, der 12 Jahre lang Parlamentspräsident war und dessen Bewerbung ebenfalls abgelehnt wurde, forderte den Wächterratt auf, die Gründe für seine Ablehnung offenzulegen. Alle Berichte, die dem Wächterratt über ihn und seine Angehörigen vorgelegt worden seien, seien „unwahr“. Diese Berichte wurden teilweise in den Medien veröffentlicht. Demnach wurde Laridschani als „ungeeignet“ eingestuft, weil seine Tochter angeblich die Staatsbürgerschaft Großbritanniens besitzt. Einem Beschluss des Obersten Rats der Nationalen Sicherheit zufolge dürfen Personen, deren Familienmitglieder die Staatsbürgerschaft bestimmter Staaten besitzen, keine hochrangigen Ämter übernehmen.

Laridschani und seine Tochter dementierten diese Berichte. Der Sprecher des Wächterratts, Abbasali Kadchodai, twitterte, für die Begründung einer Ablehnung und deren Offenlegung gebe es kein Gesetz.

Chatami: eine „rigorose“ Einschränkung der Rechte des Volkes

Mohammad Chatami, ehemaliger Präsident, der als Vater der Reformbewegung bezeichnet wird, äußerte sein Bedauern über die Entscheidung des Wächterrats. Sie habe die Macht des Volkes mehr als je zuvor „rigoros“ eingeschränkt, sagte er. Der republikanische Teil der iranischen Verfassung sei mehr und mehr in Gefahr, ausgeblendet zu werden. Das sei weit wichtiger als das Ausschließen der Kandidaten einiger Strömungen.

CHATAMI: EINE „RIGOROSE“ EINSCHRÄNKUNG DER RECHTE DES VOLKES

Mohammad Chatami, ehemaliger Präsident, der als Vater der Reformbewegung bezeichnet wird, äußerte sein Bedauern über die Entscheidung des Wächterrats. Sie habe die Macht des Volkes mehr als je zuvor „rigoros“ eingeschränkt, sagte er. Der republikanische Teil der iranischen Verfassung sei mehr und mehr in Gefahr, ausgeblendet zu werden. Das sei weit wichtiger als das Ausschließen der Kandidaten einiger Strömungen.

ROHANI KRITISIERTE DEN WAHLKAMPF

„Bei diesen Wahlen ist viel Unrecht geschehen“, sagte Präsident Hassan Rohani auf einer Kabinettsitzung am 9. Juni. „Das größte Unrecht geschah gegen den Islamischen Staat selbst. Wenn alles, was in den vergangenen 42 Jahren getan wurde, zuungunsten des Staates und der Revolution gewesen sein soll, stellt sich die Frage, wozu wir überhaupt die Revolution gemacht haben“, sagte der Präsident.

Mit Blick auf die Fernsehdebatten, die zwischen den sieben Kandidaten geführt wurden, sagte Rohani weiter, es sei verwunderlich, dass weder in den Fragen des Moderators noch in den Antworten der Kandidaten die Sanktionen und der Wirtschaftskrieg erwähnt worden seien. Einige Zahlen und Daten, die genannt wurden, seien nicht richtig gewesen. „Das ist für den Verstand der Menschen im Land beleidigend. Warum werden Lügen verbreitet, warum wird die Wahrheit vertuscht?“

Aus Stellungnahmen der Kandidaten sei klar geworden, dass „Gott sei gedankt“ die Justiz, die Legislative, die Ordnungs- und die Streitkräfte bestens gearbeitet und große Erfolge erzielt hätten, sagte Rohani ironisch. Einzig die Regierung habe vieles versäumt, was sich aber zum Glück bald (mit dem Machtwechsel) ändern werde.

Rohani forderte die Kandidaten auf, die Bürgerinnen und Bürger nicht zum Narren zu halten. „Wir hören in diesen Tagen so schöne Dinge. Auf einmal werden die Frauen gewürdigt. Den Frauen und der Jugend müsse mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, wurde gesagt. Wie kommt es, dass in all den Jahren von Frauen keine Rede war? Nun sind sie auf einmal aufgetaucht und werden gewürdigt. Auf einmal ist die Rede von ethnischen Minderheiten, von der Brüderschaft zwischen Schiiten und Sunniten. Alles lobenswerte Aussichten!“

Grund für die Reaktion Rohanis waren die drei Fernsehdebatten, bei denen harte Kritik gegen die Regierung geübt wurde. Daher forderte die Regierung das Fernsehen auf, ihr eine Gelegenheit zu geben, um gegen die ihrer Meinung nach falschen Behauptungen Stellung nehmen zu können.

Rohani warnte vor Populismus. Die Kandidaten sollten bei der Wahrheit bleiben und den Wählern nichts vorlügen. Zwar sei die Wahl des neuen Präsidenten wichtig, noch wichtiger sei aber die religiöse und politische Moral.

FRÜHERER GEHEIMDIENSTCHEF NENNT GRÜNDE FÜR ABLEHNUNG EINES POPULÄREN KANDIDATEN

Ein Interview des früheren Geheimdienstministers Heydar Moslehi sorgte für Aufruhr. Der Ex-Minister erzählte, wie es bei den Präsidentschaftswahlen 2013 zu der Ablehnung des Bewerbers Haschemi Rafsandschani gekommen war. Der inzwischen verstorbene Rafsandschani, der acht Jahre lang Staatspräsident war und damals als zweitmächtigster Mann der Islamischen Republik galt, hatte gegen Mahmud Ahmadinedschad kandidiert. Niemand rechnete mit seiner Ablehnung. Er galt als Favorit. Doch der Wächterratt stufte ihn als „ungeeignet“ ein. „Wir haben die Lage genau analysiert und festgestellt, dass Rafsandschani im Falle seiner Teilnahme als Sieger aus der Wahl hervorgehen würde. Er würde um die 70 Prozent der Stimmen bekommen“, sagte Moslehi. „Ich habe mich hingesezt und alle Vorteile und Nachteile, die eine Präsidentschaft Rafsandschani für das Staatssystem haben würde, aufgeschrieben. Mein Maßstab war nur das Staatssystem und nichts anderes. Ich habe festgestellt, dass die Nachteile überwiegen. Damit bin ich zum Wächterratt gegangen und habe die Mitglieder davon überzeugt, dass eine Kandidatur Rafsandschani dem System mehr Schaden als Nutzen bringen würde. Nur ein Mitglied des (zwölfköpfigen) Wächterratts gab zu bedenken, dass man eine so hoch angesehene und mächtige Persönlichkeit wie Rafsandschani nicht ablehnen könne. Ich habe gesagt, es geht nicht um einzelne Personen, es geht um das System. Dafür sind große Persönlichkeiten geopfert worden. Der Rat hat mir zugestimmt und die Bewerbung von Rafsandschani abgelehnt.“

Diese Äußerungen von Moslehi wurden in einem Video, das ebenfalls in diesen Tagen veröffentlicht wurde, indirekt bestätigt. Darin wird Rafsandschani nach den Gründen für die Ablehnung seiner Bewerbung gefragt. Rafsandschani antwortet: „Es war das Werk der Sicherheitsdienste und Militärs.“

Die Frage ist, was Moslehi gerade in diesen Tagen, in denen die massive Ablehnung unliebsamer Kandidaten durch den Wächterratt auf heftige Proteste gestoßen war, zu diesen Äußerungen veranlasst hat. Äußerungen, die zeigen, wie die Entscheidungen des Wächterratts zustande kommen.

Der Sprecher des Wächterratts, Abbasali Kadchodai, bestritt vehement die Aussagen Moslehis. Demgegenüber sagte Ayatollah Aliresa Araghi, Mitglied des Wächterratts, der Rat sei dabei, den Fall zu überprüfen. Das Ergebnis werde in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit mitgeteilt.

Indes veröffentlichte der Sohn Rafsandschani, Mohssen Haschemi, einen offenen Brief an Revolutionsführer Ali Chamenei, in dem er ihn auffordert, „das Land vor einem Abgleiten auf einen gefährlichen Irrweg“ zu retten. Er, dessen Bewerbung um das Amt des Präsidenten ebenfalls abgelehnt wurde, übte scharfe Kritik gegen den Wächterratt und warnte vor einer „Strömung, die das Votum des Volkes als bloße Zierde betrachtet und jedes mögliche Mittel einsetzt, um die Islamische Republik in einen Islamischen Staat zu verwandeln“.

Ali Motaharri, ehemaliger Abgeordneter, dessen Bewerbung auch abgelehnt wurde, twitterte mit Blick auf die Äußerungen Moslehis spöttisch: „Das Rätsel, warum die Kandidatur populärer Persönlichkeiten abgelehnt wurde, ist gelöst. Sie wurden abgelehnt, um das System zu schützen.“

GROßBRAND IN TEHERAN

In einer Ölraffinerie im Süden der Hauptstadt Teheran kam es am 2. Juni zu einem Großbrand. Die Rauchsäulen waren sogar im Norden der Stadt zu sehen. Schaker Chafai, Leiter der Teheraner Ölraffinerien, sagte: „Das Feuer war in einem Dieselreservetank

ausgebrochen.“ Die Ursache werde untersucht. Bei dem Großbrand habe es zum Glück keine Menschenopfer gegeben. Die Feuerwehr versuche, das Feuer unter Kontrolle zu bringen. Das Feuer könne nicht gelöscht werden, da es sich um Produkte wie Diesel handle. Aber die Feuerwehr versuche, es einzukreisen, um eine Ausbreitung zu verhindern. Einen Sabotageakt schloss Chafai aus.

Manusur Dardashti, Leiter des Teheraner Krisenstabs, berichtete im staatlichen Fernsehen, der Brand sei durch eine Explosion ausgelöst worden. „Der Unfall wurde durch ein Leck in einer Flüssiggas-Notfalleitung verursacht.“ Die Raffinerie, die 1968 in Betrieb genommen wurde, hat eine Kapazität von 250.000 Barrel pro Tag.

20 Stunden später sagte Vizeölminister Aliresa Sadeghabadi, das Feuer sei vollständig gelöscht. 180 Feuerwehrleuten mit 60 schweren Fahrzeugen sei es gelungen, das Übergreifen des Feuers auf naheliegende Gebiete zu verhindern. Ölminister Bijan Sangeneh, der noch in der Nacht die Raffinerie besuchte, sagte, es werde keine Beeinträchtigung der Produktion geben.

Wenige Stunden zuvor hatten die Agenturen gemeldet, ein Schiff der iranischen Marine, das sich in den Gewässern des Golfs von Oman befand, sei nach einem schweren Brand gesunken. Alle Versuche, das Schiff zu retten, seien vergeblich gewesen, hieß es unter Berufung auf Angaben der Marine. Die Besatzung des Schiffes konnte gerettet werden. Das Gouverneursamt der Provinz Hormosgan sprach von 33 verletzten Besatzungsmitgliedern, von denen 10 ins Krankenhaus gebracht werden mussten.

Der Vorfall geschah in der Nähe des Hafens Dschask, in der Provinz Hormosgan. Bei dem Schiff „Chark“ handelte es sich um eines der größten Schiffe der iranischen Marine. Es war in Großbritannien gebaut und kurz vor dem Ausbruch der Revolution nach Iran gebracht worden. Es ist seitdem im Einsatz. Den Angaben der Marine zufolge war das Schiff zu Ausbildungszwecken unterwegs.

Die Chark ist nicht das erste Schiff, das in Brand geriet. In den letzten zwei Jahren wurden Dutzende iranische Schiffe zerstört. Vor kurzem berichtete das Wall Street Journal, dass allein seit Ende 2019 mindestens zwölf iranische Öltanker, die auf dem Weg nach Syrien waren, von Israel zerstört worden seien. Auch Sabotageakte gegen andere Objekte, wie die Atomanlage in Natans sowie Attentate gegen iranische Atomwissenschaftler, legen die Vermutung nahe, dass sowohl der Brand in der Teheraner Raffinerie als auch die Explosion auf der Chark keine Unfälle waren.

SASAN NIKNAFS IM GEFÄNGNIS GESTORBEN

Laut Medienberichten vom 07. Juni ist Sasan Niknafs im Gefängnis gestorben. Er gehörte zu den zehn Personen, die vor etwa zwei Jahren wegen „Versammlung gegen die nationale Sicherheit“, „Propaganda gegen die Islamische Republik“ und „Beleidigung des Revolutionsführers“ festgenommen wurden. Niknafs wurde zudem vorgeworfen, durch Aktivitäten in den Medien, Verteilung von Flugblättern und Schreiben von Parolen auf Geldscheinen für die Rückkehr der Monarchie geworben zu haben. Er wurde zu acht Jahren Gefängnis verurteilt.

Am 7. Juni erklärten Menschenrechtsaktivisten, Niknafs sei trotz seines schlechten gesundheitlichen Zustands nicht ausreichend medizinisch versorgt worden und sei deshalb gestorben. Früher war Niknafs Wirtschaftsberater von Präsident Haschemi Rafsandschani. Ali Scharifsadeh, Anwalt des Verstorbenen, sagte in einem Interview mit der BBC, zunächst sei der Tod Niknafs nicht offiziell bestätigt worden. Selbst die Verwandten seien darüber nicht informiert worden. Aber Insassen des Gefängnisses berichteten, dass Niknafs Tod durch Lautsprecher bekanntgegeben worden sei und die Gefängnisleitung den Gefangenen Beileid gewünscht habe.

Der Anwalt sagte weiter: „Vor zwei Tagen haben mich Gefängnisinsassen darüber informiert, dass mein Mandant, der unter Herzbeschwerden litt, mit starken Blutungen aus der Nase und aus dem Mund ins Gefängnis-Krankenhaus gebracht worden sei. Danach sei er in das Loghman-Krankenhaus gebracht worden. Doch die Mutter konnte ihn dort nicht finden.“ Scharifadeh hatte mehrmals darauf hingewiesen, dass sein Mandant aufgrund seines gesundheitlichen Zustands einen Gefängnisaufenthalt nicht überstehen könne. Im vergangenen Jahr wurde bekannt, dass Niknafs auch psychisch krank war, aber medizinisch nicht versorgt wurde.

Nach Bekanntwerden des Todes von Niknafs veröffentlichte die Gefängnisleitung eine Erklärung, in der es zunächst hieß, der Gefangene habe selbst angegeben, dass er einmal einen Suizidversuch unternommen habe. Niknafs sei vor zwei Tagen ins Krankenhaus gebracht worden. Dort sei er gestorben. Er habe im Gefängnis täglich verschiedene Medikamente und Insulininjektionen bekommen. Im Krankenhaus sei sein Zustand zunächst nicht besorgniserregend gewesen. Doch am zweiten Tag habe sich sein Zustand erheblich verschlechtert. Daher sei er in ein anderes Krankenhaus gebracht worden, wo er gestorben sei.

FRANZOSE WEGEN SPIONAGE ANGEKLAGT

Laut einer Mitteilung seines Anwalts Said Dehghan vom 30. Mai wurde der aus Frankreich stammende Benjamin Brière wegen „Spionage“ und „Propaganda gegen die Islamische Republik“ angeklagt.

Brière, der sich als Tourist in Iran aufhielt, wurde im Mai vergangenen Jahres festgenommen. Ihm wurde vorgeworfen, per Drohne von verbotenen militärischen Sperrgebieten im Nordosten des Landes im Grenzgebiet zu Turkmenistan Fotos gemacht zu haben. Zudem soll er in Onlinenetzen gegen die Kopftuchpflicht für Frauen protestiert haben. In der Anklageschrift wird der Begriff „Verderber auf Erden“ verwendet – eine Bezeichnung für Straftäter, die in der Regel zum Tode verurteilt werden. Der 36-jährige Brière befindet sich seit seiner Festnahme in dem Gefängnis Vakilabad, in der im Nordosten Irans gelegenen Stadt Maschad.

Einen Tag vor dem Bekanntwerden des Urteils bezeichnete die Schwester des Angeklagten, Blandine Brière, in einem offenen Brief, der in der französischen Wochenzeitung Le Point abgedruckt wurde, die Vorwürfe als „grundlos“ und warf Iran vor, den Fall für politische Zwecke instrumentalisieren zu wollen. Sie forderte Präsident Emmanuel Macron auf, sich für die Freilassung ihres Bruders einzusetzen.

DREI MILLIONEN CORONA-INFIZIERTE

Mitte Juni überschritt die Gesamtzahl der Corona-Infizierten in Iran die Grenze von drei Millionen. Die Zahl der Toten, die mit oder durch das Coronavirus starben, lag bei 81.672. Der Kampf gegen die vierte Infektionswelle dauert an. Das Impfprogramm kommt nur schleppend voran. Laut dem Gesundheitsministerium haben bis zum 10. Juni erst 4,2 Millionen Menschen die erste Impfung und 742.817 Personen zwei Impfungen bekommen.

Iran hat große Probleme mit der Einfuhr von Impfstoffen. Am 30. Mai hatte das Amt für Nahrung und Medikamente erklärt, dass entgegen verschiedener Ankündigungen bislang keine neuen Impfstoffe importiert worden seien. Um Abhilfe zu schaffen, hatte die Regierung Privatunternehmen erlaubt, Impfstoffe zu importieren. Dem Ministerium zufolge haben sich 38 Unternehmen dafür gemeldet, sagte der Leiter der Behörde, Mohammad Resa Schanehsas. Zugleich bemerkte er, iranische Botschaften hätten davon abgeraten, zu vielen Unternehmen eine Lizenz für die Einfuhr zu erteilen. Denn dadurch würden unter anderem die Preise der Impfstoffe steigen. Ohnehin hatte der Leiter der Teheraner

Handelskammer Ende April erklärt, dass Privatunternehmen bei ihren Bemühungen, Impfstoffe zu importieren, gescheitert seien. Grund seien bürokratische Hürden, die das Gesundheitsministerium errichtet habe, und die Unerfahrenheit der Unternehmen in diesem Bereich.

Die Regierung wird wegen ihrer Unfähigkeit, Impfstoffe einzuführen, kritisiert. Doch sie weist auf Probleme hin, die auf bestehende Sanktionen zurückzuführen sind. Das Energieministerium gab bekannt, dass es die Erlaubnis von der Regierung erhalten habe, aus den erzielten Einnahmen im Irak 16 Millionen Dosen Impfstoff zu kaufen. Dafür sollen 125 Millionen Dollar gezahlt werden. Diese Summe soll auf eine Schweizer Bank überwiesen werden, sagte Energieminister Resa Ardakanian. Er äußerte die Hoffnung, den Kauf innerhalb einer Woche abwickeln zu können.

Minu Mohras, Mitglied des Stabs zum Kampf gegen die Corona-Pandemie, forderte die Erlaubnis zur Freigabe des in Iran hergestellten Impfstoffs Barekat. Der Impfstoff sei wirksamer als erwartet, sagte sie auf einer Pressekonferenz. Auch die dritte Phase der Tests sei unter Aufsicht von Wissenschaftlern abgeschlossen. „Ich möchte die frohe Botschaft ankündigen, dass der Impfstoff schützend und wirksam ist“, betonte sie. Auch der Wissenschaftler Hassan Dschalili, der an der Durchführung der Tests beteiligt ist, sagte, bis Ende Juni würden vier Millionen und bis Ende September 18 Millionen Dosen des heimischen Impfstoffs zum Impfen bereitstehen.

Am 14. Juni erteilte die Regierung dem im Inland hergestellten Impfstoff Keramat eine Notfallzulassung. Damit soll die Zweitimpfung durchgeführt werden.

In Zeiten des Wahlkampfs wurden bei Massenversammlungen die medizinischen Vorschriften kaum beachtet. Nach einer Kundgebung für den Kandidaten Ebrahim Raisi wies Präsident Rohani den Innenminister an, die Kandidaten „mit aller Ernsthaftigkeit und Härte“ auf die Einhaltung der Regelungen aufmerksam zu machen und jede Missachtung der Öffentlichkeit mitzuteilen. Allerdings ist für die Strafmaßnahmen gegen Regelverstöße die Justiz zuständig, deren Chef Raisi ist. Er hatte seinen Posten nicht aufgegeben. Es ist daher kaum denkbar, dass die Justiz Regelverstöße auf Raisis Wahlversammlungen verfolgen wird.

KULTUR

Esmail Khoi gestorben / Clubhouse, ein Forum, das gegenwärtig für Sensation sorgt / Journalist/innen unter Druck gesetzt / Nutzung von Twitter beim Wahlkampf kritisiert / Zeichner wegen eines Portraits angezeigt

ESMAIL KHOI GESTORBEN

Der bekannte iranische Dichter und Schriftsteller Esmail Khoi starb nach längerer Krankheit am 25. Mai im Londoner Exil. 1938 in der Stadt Maschad geboren, absolvierte er sein Studium der Philosophie und Pädagogik an der pädagogischen Hochschule in Teheran. Anschließend promovierte er im Fach Philosophie in Großbritannien. Nach der Promotion kehrte er nach Iran zurück und lehrte als Dozent an der pädagogischen Hochschule in Teheran.

Khoi gehörte zu den Gründungsmitgliedern des iranischen Schriftstellerverbands. Er war politisch engagiert und übte in seinen literarischen Arbeiten scharfe Kritik gegen das Schah-Regime, was schließlich zu seiner Entlassung aus der Hochschule führte. Nach der Revolution zwangen ihn die zunehmenden Repressionen gegen Andersdenkende, Künstler und Schriftsteller zunächst in den Untergrund und 1983 ins Exil.

Das Leben im Exil gehört zu den wichtigsten Themen in Khois Gedichten. Er veröffentlichte mehrere Gedichtbände, einige davon auch in englischer Sprache. Auf Deutsch veröffentlichte der Hans Schiller Verlag 2012 eine Auswahl von Khois Gedichten, übersetzt von Kurt Scharf. „Seine Verse enthalten zum einen Teil erotische Dichtung von betörender Sinnlichkeit, zum anderen sind sie voll scheuer, keuscher Zärtlichkeit“, heißt es bei dem Kulturmagazin Perlentaucher.

2010 wurde Khoi mit dem Coburger Rückert-Preis ausgezeichnet..

Der bekannte iranische Dichter und Schriftsteller Esmail Khoi starb nach längerer Krankheit am 25. Mai im Londoner Exil. 1938 in der Stadt Maschad geboren, absolvierte er sein Studium der Philosophie und Pädagogik an der pädagogischen Hochschule in Teheran. Anschließend promovierte er im Fach Philosophie in Großbritannien. Nach der Promotion kehrte er nach Iran zurück und lehrte als Dozent an der pädagogischen Hochschule in Teheran.

Khoi gehörte zu den Gründungsmitgliedern des iranischen Schriftstellerverbands. Er war politisch engagiert und übte in seinen literarischen Arbeiten scharfe Kritik gegen das Schah-Regime, was schließlich zu seiner Entlassung aus der Hochschule führte. Nach der Revolution zwangen ihn die zunehmenden Repressionen gegen Andersdenkende, Künstler und Schriftsteller zunächst in den Untergrund und 1983 ins Exil.

Das Leben im Exil gehört zu den wichtigsten Themen in Khois Gedichten. Er veröffentlichte mehrere Gedichtbände, einige davon auch in englischer Sprache. Auf Deutsch veröffentlichte der Hans Schiller Verlag 2012 eine Auswahl von Khois Gedichten, übersetzt von Kurt Scharf. „Seine Verse enthalten zum einen Teil erotische Dichtung von betörender Sinnlichkeit, zum anderen sind sie voll scheuer, keuscher Zärtlichkeit“, heißt es bei dem Kulturmagazin Perlentaucher.

2010 wurde Khoi mit dem Coburger Rückert-Preis ausgezeichnet..

CLUBHOUSE, EIN FORUM, DAS GEGENWÄRTIG FÜR SENSATION SORGT

In einem Land wie Iran, in dem alles, was öffentlich zugänglich ist, der Zensur unterliegt, wirkt das soziale Audio-Netzwerk Clubhouse wie eine Insel des freien Meinungs austauschs. Es ist erstaunlich, dass dieses Netzwerk von den Zensoren geduldet wird. Man fragt sich, ob diese Duldung mit den Präsidentschaftswahlen zusammenhängt und folglich bald eingestellt wird, oder als ein Ventil gedacht ist, um von der erstickenden Realität abzulenken. Clubhouse zieht immer mehr Aufmerksamkeit auf sich und sorgt fast täglich für Schlagzeilen. Hier kommen im Ausland lebende Monarchisten und entschiedene Gegner der Islamischen Republik, die für einen Umsturz plädieren, genauso zu Wort wie Reformen, Konservative und Ultras, die das System verteidigen, und zwar nicht einzeln, sondern als Diskutanten, die sich mit ihren Gegnern auseinandersetzen. Das hat es in den 42 Jahren seit der Revolution nie gegeben.

Clubhouse gleicht einer endlosen Tagung, auf der in verschiedenen Räumen über verschiedene Themen kontrovers diskutiert wird. Politiker/innen, Journalist/innen, politische Aktivist/innen, Künstler/innen und Schriftsteller/innen begeben sich ins Kreuzfeuer der Fragen der Teilnehmenden. In einem Raum wird im Beisein von Tausenden Teilnehmern über Kleidungsvorschriften für Frauen, in einem anderen Raum über Wahlboykott diskutiert. Fragen, die in den Medien tabu sind, werden hier mit erstaunlicher Offenheit zur Diskussion gestellt.

In einem Raum warfen Frauen einem populären Sänger Missbrauch vor. Er sah sich gezwungen, klein beizugeben und die Frauen um Verzeihung zu bitten. Die Auseinandersetzung endet nicht im Clubhouse, sie wird, wenn auch nicht so offen, in der

Presse weitergeführt. Kürzlich wurde über ein Interview des Außenministers Mohammad Dschawad Sarif, in dem der Minister brisante Geheimnisse preisgab, stundenlang diskutiert.

Seit Jahrzehnten versucht das iranische Regime eine Verbindung zwischen der Auslandsopposition und Kritikern und Regimegegnern im Inland zu verhindern. Auslandssender wurden gestört, Parabolantennen verboten, Interviews mit ausländischen Sendern unter Strafe gestellt, soziale Netzwerke zensiert und blockiert und Internetverbindungen unterbrochen. Wichtig war, dass ein Dialog zwischen In- und Ausland nicht stattfindet. Bei Clubhouse hingegen gibt es keine Grenzen. Morgens treffen sich iranische Journalist/innen aus dem In- und Ausland, um aktuelle Ereignisse zu analysieren. Viele Persönlichkeiten, die Interviews mit ausländischen Sendern ablehnten, weil sie befürchteten, dafür bestraft zu werden, stehen hier für Gespräche zur Verfügung.

Die Diskussionen bei Clubhouse werden von Moderator/innen geleitet und strukturiert. Hält sich jemand nicht an die Regeln, wird er hinausgeworfen. Über alles kann gesprochen werden, es gibt auch keine zeitliche Einschränkung.

Dass Clubhouse noch nicht der Zensur zum Opfer gefallen ist, kann mehrere Gründe haben. Ein Grund mag darin liegen, dass die heißen Debatten bei Clubhouse den öden Wahlkampf, für den sich kaum jemand zu interessieren scheint, in Schwung bringen sollen. Vielleicht versucht auch die Regierung, die in den zumeist von den Ultras monopolisierten Medien kaum präsent ist, sich ein Forum zu erobern. Dass einige soziale Netzwerke wie Instagram noch weiter genutzt werden können, ist dem Widerstand der Regierung geschuldet. Es ist anzunehmen, dass die Übernahme der Regierung durch die Ultras nun auch für die Aktivitäten im Netz Konsequenzen haben wird.

JOURNALIST/INNEN UNTER DRUCK GESETZT

Einigen Journalist/innen und Menschenrechtsaktivist/innen zufolge schränkte das Presseamt im Ministerium für Kultur und islamische Führung die Pressefreiheit während des Wahlkampfs mehr als bisher ein. Demnach seien einige Journalisten gewarnt worden, und zwar nicht allein vom Presseamt, sondern auch von der Polizei und dem Geheimdienst der Revolutionsgarden. Dagegen übte Vizepräsident Eshagh Dschahangiri, dessen Bewerbung für das Amt des Präsidenten vom Wächterrat zurückgewiesen wurde, Kritik. Er twitterte: „Journalisten müssen die Möglichkeit haben, jeden Kandidaten zu kritisieren. Es darf nicht eine Atmosphäre entstehen, in der Journalisten sich fürchten, einen Kandidaten zu kritisieren, aber für die Denunzierung eines anderen Kandidaten Lob bekommen.“

Mehdi Mahdavian, der zu den Reformern zählt, berichtete, zwei Journalisten seien wegen kritischer Äußerungen gegen den Kandidaten Ebrahim Raisi von der Justiz einbestellt worden. Er schrieb auf Twitter, Raisi habe behauptet, er sei gegen Einschränkungen im Internet. Aber jetzt kontaktierten seine Leute Journalisten, die sich gegen ihn kritisch äußern.

Auch der Journalist Pujan Hassanpur erzählte, er sei wegen Kritik gegen den Kandidaten Ali Laridschani von Sicherheitsleuten kontaktiert worden.

Einem Bericht der Reporter ohne Grenzen zufolge stand Iran im Bezug auf Pressefreiheit im Jahr 2020 unter 180 Ländern an 173. Stelle. Vier Wochen vor der Wahl warnten die Ordnungskräfte: „Personen, die Aufruhr stiften oder versuchen, die Wahlen zu stören, werden härter als je zuvor bestraft. Wir werden jeder Verschwörung, ob von innen oder von außen, mit aller Härte begegnen und sie im Keim ersticken“, sagte der Vizekommandant der Ordnungskräfte, Ghassem Resai.

NUTZUNG VON TWITTER BEIM WAHLKAMPF KRITISIERT

Der Abgeordnete Moeineddin Saidi warf einigen Kandidaten, die für ihren Wahlkampf den Kurznachrichtendienst Twitter nutzten, Doppelmoral vor. „Für die normalen Menschen sind diese Plattformen verboten, aber für die Präsidentschaftskandidaten angeblich nicht“, sagte er laut Meldung der Nachrichtenagentur Ilna vom 20. Mai.

ZEICHNER WEGEN EINES PORTRAITS ANGEZEIGT

Parlamentspräsident Mohammad Bagher Ghalibaf zeigte den bekannten Porträtisten und Zeichner Hadi Haidari an, weil dieser ihn im Zusammenhang mit einem Bericht über einen Korruptionsskandal porträtiert hatte. Schweißtriefend fasste sich der Präsident an die Stirn. Er machte einen besorgten Eindruck.

Haidari musste zusammen mit zwei Redakteuren der Tageszeitung Schargh, für die er arbeitet, und begleitet von einem Anwalt beim Pressegericht erscheinen. Die Entscheidung des Gerichts soll später bekanntgegeben werden. Auch die Autorin des Berichts, Sandschab Safari, musste sich vor dem Gericht verantworten.

Ghalibaf begründete die Anzeige damit, dass das Porträt den Eindruck erwecken könnte, er habe mit dem Korruptionsfall zu tun und sei über die Folgen besorgt. Der iranische Journalistenverband protestierte gegen das Vorgehen des Parlamentspräsidenten und forderte ihn auf, die Anzeige zurückzunehmen.

WIRTSCHAFT

Atomverhandlungen / Wechsel an der Spitze der Zentralbank / Armut nimmt in Iran rapide zu / Neue US-Sanktionen gegen Revolutionsgarden und Huthis

ATOMVERHANDLUNGEN

Ende Mai zeigte sich die Internationale Atombehörde (IAEA) besorgt über die Entwicklung des iranischen Atomprogramms. Der Chef der Behörde, Rafael Grossi, sagte mit Blick auf die Steigerung der Urananreicherung auf 60 Prozent in Iran: „Ein Land, das 60 Prozent anreichert, ist eine sehr ernste Sache. Nur Länder, die Bomben bauen, erreichen dieses Niveau.“ Zwar könnten die in Wien laufenden Verhandlungen im Falle des Erfolgs Iran dazu veranlassen, einiges zurückzunehmen, aber die Forschung und die Kenntnisse, die Iran bereits jetzt erworben habe, könnten nicht rückgängig gemacht werden, sagte Grossi. In seinem Bericht an die 173 Mitgliedsstaaten der UNO klagte Grossi über mangelnde Informationen zur Herkunft von Uranspuren, die seine Behörde in Iran gefunden hatte. Daher könne er keine Auskunft darüber geben, ob das iranische Atomprogramm tatsächlich friedlich ausgerichtet sei. Durch Einschränkungen in Bezug auf Kontrollen, die Iran verordnet habe, sei die IAEA nicht mehr in der Lage, die Entwicklung des Atomprogramms zu verfolgen. Der Bericht erschwerte die ohnehin schwierigen Atomverhandlungen in Wien.

In einer Stellungnahme zu Grossis Bericht schrieb der Chef der iranischen Atomenergiebehörde, Ali Akbar Salehi, Iran habe sich größte Mühe gegeben, um mit der IAEA zusammenzuarbeiten und die Fragen der Behörde präzise und ausführlich zu beantworten. „Wir werden, wie zuvor, unsere Zusammenarbeit mit der Behörde fortsetzen und würden einen Einsatz der IAEA zur Lösung bestehender Probleme begrüßen.“

Am 1. Juni drohte Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, der Verhandlungen mit Iran ablehnt, nötigenfalls auch gegen den Willen der Vereinigten Staaten gegen Iran

vorzugehen. „Wenn wir wählen müssen – und ich hoffe, das passiert nicht – zwischen Spannungen mit unserem großen Freund, den Vereinigten Staaten, und dem Eliminieren einer existenziellen Bedrohung, dann gewinnt das Eliminieren der existenziellen Bedrohung.“

Anfang Juni schienen die Verhandlungen in Wien aus iranischer Sicht positiv zu verlaufen. „Die Gespräche stecken nicht in einer Sackgasse“, sagte Irans Regierungssprecher Ali Rabii am 2. Juni. „Viele Einzelheiten müssen berücksichtigt werden, aber keines dieser Hindernisse ist unüberwindbar.“ Demgegenüber zitierte dpa am 2. Juni europäische Diplomaten mit den Worten: „Die schwierigsten Entscheidungen liegen noch vor uns.“ Auch Irans Vizeaußenminister Abbas Araghtsch sagte: „Wir sind uns zwar nähergekommen, aber von einer Einigung sind wir noch weit entfernt.“ Am optimistischsten äußerte sich Irans Präsident Hassan Rohani. „Unsere Probleme mit den USA sind beigelegt, es gibt noch einige Nebensächlichkeiten, die geklärt werden müssen“, sagte er.

Die noch amtierende Regierung in Teheran versuchte alles, um vor ihrem Abgang zu einem Ergebnis zu kommen. Dieser Triumph wurde ihr aber von ihren Gegnern nicht gegönnt. Sie versuchten mit allen Mitteln, der Regierung Steine in den Weg zu legen. Die Europäer schienen an einem Abschluss vor dem Regierungswechsel in Teheran sehr interessiert zu sein. Demgegenüber äußerten sich die Vereinigten Staaten skeptisch. Außenminister Antony Blinken sagte, es sei noch nicht klar, ob Iran dazu entschlossen sei, jene Maßnahmen zu treffen, die es treffen müsse. Zudem sagte er am 8. Juni im US-Senat, selbst nach einem Abkommen mit Iran würden „hunderte von Sanktionen in Kraft bleiben“. Darunter seien auch Sanktionen, die von der Regierung von Donald Trump verhängt worden seien. Ziel der Verhandlungen sei, das Tempo der Entwicklung des iranischen Atomprogramms aufzuhalten. Denn es könnte sein, dass im Falle der Fortsetzung des gegenwärtigen Zustands Iran nur noch wenige Wochen Zeit benötige, um seine Kenntnisse zur Herstellung von Nuklearwaffen zu vervollständigen. „Wichtig ist, dass Iran seine Verpflichtungen wahrnimmt“, sagte Blinken weiter. „Wenn wir das erreichen, was mit vielen Wenn und Abers verbunden ist, dann haben wir einen ersten Schritt hinter uns, nicht den letzten.“ Es gehe also darum, Irans Entwicklung zu bändigen und „ich bin mit Ihnen einig, dass dies nur ein erster Schritt sein kann“, sagte der Außenminister den Senatoren.

Am 13. Juni warnten die europäischen Mitglieder des Atomabkommens Iran. Das Land erschwere mit seinen neuesten Aktivitäten, wie der Urananreicherung auf 60 Prozent, die Verhandlungen und zerstöre das Vertrauen, dass sein Atomprogramm friedlich sei. Es sei bedauerlich, dass Iran gerade in einer Zeit, in der es mit anderen Staaten über sein Atomprogramm verhandle, solche Aktivitäten unternehme. Iran sei das einzige Land unter der Aufsicht der Atombehörde, das Uran auf 60 Prozent anreichere. Das könne gefährliche Folgen haben.

Am 12. Juni forderte der deutsche Außenminister Heiko Maas vor der fünften Runde der Verhandlungen von allen Beteiligten „Flexibilität und Pragmatismus“. „Wir setzen alles daran, dass diese Runde die letzte Verhandlungsrunde wird“, sagte er

Der Leiter der iranischen Delegation bei den Wiener Verhandlungen, Abbas Araghtsch, sagte am 14. Juni im iranischen Fernsehen: „Wir haben es nicht eilig und haben uns auch keine Frist gesetzt.“ Die schwere Entscheidung liege bei der Gegenseite. Sie muss uns versichern, dass das, was geschehen ist (Austritt der USA und Sanktionen) sich nicht wiederholen wird.

Am 16. Juni forderten die Außenminister des Golfkooperationsrats die Hinzunahme des iranischen Raketenprogramms zu den Verhandlungen. Und die Nato-Staaten forderten Iran auf, alle seine Aktivitäten bezüglich seines Raketenprogramms einzustellen.

Am selben Tag sagte Grossi, die Wiederbelebung des Atomabkommens könne nur nach der Wahl des neuen Präsidenten in Iran erfolgen. „Jeder weiß, dass es nötig sein wird, auf die neue iranische Regierung zu warten“, sagte er der italienischen Zeitung La Repubblica.

WECHSEL AN DER SPITZE DER ZENTRALBANK

Mit seiner Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen hat der bisherige Chef der Zentralbank, Abdolnasser Hemmati, seinen Posten aufgegeben. Sein Rücktritt wurde von Präsident Rohani angenommen. Die Leitung der Bank übernahm Hemmatis Stellvertreter, Akbar Komidschani. Er ist promovierter Volkswirt. Sein Studium hat er in den USA abgeschlossen.

ARMUT NIMMT IN IRAN RAPIDE ZU

Rusbeh Karduni, Leiter des Instituts für Sozialforschung in Teheran, sagte, die Zahl der Personen, die unter der Armutsgrenze leben, hat sich innerhalb der letzten zwei Jahre verdoppelt. Demnach leben 25 Millionen Bewohner/innen des Landes unterhalb der Armutsgrenze. Die iranische Wirtschaft ist in den letzten Jahren mit chronischer Arbeitslosigkeit, Inflation, Stagnation und nicht zuletzt Korruption konfrontiert. „Die Untersuchung zeigt, dass die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen sich innerhalb von zwei Jahren von 15 auf 30 Prozent der Gesamtbevölkerung erhöht hat“, sagte Karduni.

Der Sozialforscher Mohammad Hassan Scharifsadegan sagte, ein wichtiges Problem der iranischen Wirtschaft bestehe darin, dass es zwischen den Provinzen des Landes keinen Ausgleich gebe. In den ärmsten Provinzen Sistan und Belutschistan (im Osten des Landes) lebten 70 Prozent der Bewohner im Bezug auf Einkommen unter der Armutsgrenze. Bezüglich der medizinischen Versorgung, der Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, der beruflichen Ausbildung, der Wohnung und dergleichen mehr liege die Armutsgrenze sogar höher als 70 Prozent. Leider hätten die Regierungen nicht das befolgt, was die Verfassung vorschreibt. Artikel 30 der Verfassung der Islamischen Republik schreibe kostenlosen Schulbesuch und Ausbildung vor. Daher gebe es in den Provinzen auch im Bezug auf Bildung und Ausbildung gravierende Unterschiede. Ferner hätten die Regierungen es versäumt, Sozialwohnungen zu bauen, um das akute Wohnungsproblem zu lösen, sagte Scharifsadegan.

NEUE US-SANKTIONEN GEGEN REVOLUTIONSGARDEN UND HUTHIS

Das US-Außenministerium veröffentlichte am 10. Juni eine Erklärung, in der Sanktionen gegen ein Netzwerk unter der Leitung des Huthi-Unternehmers Said al-Dschamal, der sich in Iran aufhält, angekündigt wurden. Demnach soll das Netzwerk, das mit den iranischen Revolutionsgarden zusammenarbeitet, für Warenschmuggel und Devisenbeschaffung für die Huthis verantwortlich sein. Die Sanktionen richten sich auch gegen verschiedene Personen, die sich in den Arabischen Emiraten und der Türkei aufhalten. Geschmuggelt wird vor allem iranisches Öl. Die Einnahmen kämen den Huthi-Rebellen zugute. Damit bekämen die Huthis finanziell die Möglichkeit, ihre zerstörerischen Angriffe gegen Saudi-Arabien durchzuführen. Diese Angriffe verhinderten Bemühungen, den Krieg in Jemen zu beenden, hieß es in der Erklärung.

US-Außenminister Antony Blinken hatte am 20. Mai erklärt, zwei Mitglieder der Huthis, Abdolkarim Ghamari und Jussef Madani, die das Feuer des Krieges in Jemen geschürt und zur weiteren Destabilisierung des Landes beigetragen hätten, seien auf die Sanktionsliste gesetzt worden. „Es ist an der Zeit für die Huthis, eine Waffenruhe zu akzeptieren und Zeit für alle Konfliktparteien, die politischen Gespräche wieder

aufzunehmen“, sagte der Minister. Er versicherte, die USA würden den Druck auf die Huthis verstärken, um sie zu zwingen, einer Waffenruhe zuzustimmen.

US-Präsident Joe Biden hatte kurz nach seiner Regierungsübernahme verordnet, die Huthis von der Liste terroristischer Organisationen zu streichen und zugleich erklärt, die USA würden die Koalition unter der Führung Saudi-Arabiens, die in Jemen gegen die Huthis Krieg führt, nicht mehr unterstützen. Die Huthis, die von Iran unterstützt werden, befinden sich weiterhin auf dem Vormarsch. Sie haben bereits weite Teile des Landes erobert, auch die Hauptstadt Sanaa, und sind dabei, die Stadt Marib zu erobern, die als Hochburg der geflüchteten und international anerkannten Regierung gilt.

Das US-Finanzministerium kündigte zugleich die Aufhebung von Sanktionen gegen drei Vertreter der iranischen Regierung an. Begründet wurde diese Maßnahme mit der „nachgewiesenen Verhaltensänderung“ der drei Personen. Wie die AFP am 10. Juni berichtete, erklärte Ministeriumssprecher Ned Price, die Sanktionsaufhebung stehe in keinem Zusammenhang mit den laufenden Atomverhandlungen in Wien.

AUSSENPOLITIK

Israel – Iran weiter auf Konfrontationskurs / Reaktionen auf die Wahl Raisis / Iranischer General rechnet mit unruhigen Zeiten in der Ära Biden / Rohani lobt Beziehungen zu Russland / Gericht in Kanada stuft Abschuss der ukrainischen Maschine als Akt des Terrors ein / UNO entzieht Iran das Stimmrecht / Gericht lehnt Entschädigung für Hekmati ab

ISRAEL – IRAN WEITER AUF KONFRONTATIONSKURS

Der neue Chef des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossad, David Barnea, warnte bei seiner Vorstellung, Iran sei immer noch bemüht, seinen „Traum“ von einer nuklearen Aufrüstung zu erfüllen. „Das muss man laut und deutlich rufen: Iran ist in diesem Augenblick mit verführerischen Gesten und internationalen Garantien dabei, seinen nuklearen Traum zu verwirklichen.“ (Gemeint sind die Atomverhandlungen in Wien.)

Barnea warf Iran vor, mit oder ohne ein Abkommen und mit „Lügen und Vertuschungen“ auf dem Weg zu Massenvernichtungswaffen voranzuschreiten. Sein Vorgänger, Yossi Cohen, der fünf Jahre lang an der Spitze des Mossad stand, sagte bei seiner Abschiedsrede, während seiner Dienstzeit sei es dem israelischen Geheimdienst gelungen, „in das Herz“ Irans einzudringen. Im Beisein des Noch-Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu fuhr er fort: „Wir haben unermüdlich Informationen gesammelt, ihre Geheimnisse offengelegt und ihr Selbstbewusstsein und ihren Stolz gebrochen. Mit der Operation, bei der wir zahlreiche Dokumente und ihre Nuklear- und Militärpläne entwendet haben, konnten wir ihre Lügen und ihre Tricks vor der ganzen Welt entlarven.“ (Gemeint sind Dokumente, die Netanjahu 2018 auf der UN-Vollversammlung demonstrativ vorführte.)

In den fünf Jahren, in denen Cohen den Mossad leitete, wurden Israels Geheimdienst-Aktivitäten in Iran erheblich verstärkt. Explosionen in iranischen Atomanlagen, Attentate gegen iranische Atomwissenschaftler und der Raub von tausenden Dokumenten sind Zeugnisse dieser Aktivitäten.

Netanjahu, der wenige Tage später seinen Posten als Ministerpräsident räumen musste, würdigte die Dienste Cohens und bezeichnete die Entwendung der Dokumente als eine der größten Errungenschaften des Mossad. Aber weder er noch Cohen übernahmen für konkrete Terroranschläge gegen Atomanlagen oder Personen in Iran die Verantwortung. Kürzlich schätzte der frühere Präsident Irans, Mahmud Ahmadinedschad, in einem

Interview den durch den Anschlag auf die Atomanlage in Natans entstandenen Schaden auf 10 Milliarden Dollar.

Netanjahu sagte: „Ich habe nicht die Absicht und bin auch nicht in der Lage, alle Details unserer Aktivitäten gegen das Regime der Ayatollahs, das uns mit Vernichtung droht, hier zu schildern. Auch heute wird vieles im Schatten bleiben.“ Er bezeichnete Cohen als einen der besten Chefs in der Geschichte des Mossad. Bei der Feier war auch der frühere US-Außenminister Mike Pompeo anwesend.

Als Cohen die Leitung des Mossad übernahm, gehörten die Aktivitäten gegenüber Iran zu seinen wichtigsten Aufgaben, sagte Netanjahu.

In einem Interview mit dem israelischen Sender Kanal 12 lüftete Cohen erstaunlicherweise doch einige Geheimnisse. An dem Raub der Dokumente in Teheran seien 20 Mitglieder des Mossad beteiligt gewesen, sagte er. Die Verantwortung für das Attentat auf die Atomanlage in Natans wollte er nicht direkt übernehmen. Aber er sagte gerichtet an iranische Gegner: „Wir sagen klipp und klar, wir lassen nicht zu, dass ihr in den Besitz von Nuklearwaffen gelangt. Warum wollt ihr das nicht verstehen?“

Zu dem Terroranschlag auf den Atomwissenschaftler Mohssen Fachrisadeh sagte Cohen: „Mossad beobachtete ihn jahrelang und war auch physisch in seiner unmittelbaren Nähe.“ Auf die Frage, ob einflussreiche Feinde Israels getötet werden dürften, sagte Cohen: „Wenn jemand so viel Macht und Einfluss besitzt, um Israel zu bedrohen, muss seine Existenz beendet werden.“ Zugleich sagte er, „wenn ein potenzielles Ziel sein Verhalten ändert, ist Israel bereit, ihm zu helfen.“ Manche iranische Wissenschaftler hätten, nachdem sie von Israel gewarnt worden seien, indirekt ihre Arbeit verlassen. Auf die Frage eines Journalisten, was mit denen geschehen werde, die ihre Arbeit nicht verlassen, sagte Cohen: „Sie werden ihre (gestorbenen) Freunde besuchen.“

Zu dem Raub der Dokumente sagte Cohen weiter, die 20 Agenten, von denen keiner israelischer Staatsbürger war, hätten den Raub zwei Jahre lang geplant. Für die Aktion hätten sie nur sieben Stunden Zeit gehabt. „Am Abend vor der Aktion tauchte ein Problem auf. Dennoch wurde beschlossen, den Plan durchzuführen. Die Alarmanlagen wurden ausgeschaltet, die Tür des Lagers eingebrochen. Die Öffnung der 22 Panzerschränke dauerte jeweils wenige Minuten. Damit gelangten wir in den Besitz aller nuklear-militärischen Pläne der Islamischen Republik. Es war sehr aufregend.“ Am nächsten Tag hätten die Iraner leere Panzerschränke vorgefunden. Sofort seien alle Grenzen geschlossen worden. Cohen sagte, allen Agenten gehe es gut. „Wir mussten nur einige von ihnen aus Iran herausbringen.“

Der neue israelische Ministerpräsident Naftali Bennett hat sich bei seiner Eröffnungsrede in der Knesset gegen ein neues Abkommen mit Iran ausgesprochen, meldete dpa am 13. Juni. Iran stehe kurz vor dem „entscheidenden Punkt“. Zudem habe Iran Terrorstützpunkte in Syrien, im Gazastreifen und in Jemen aufgebaut. Bennett betonte, er werde niemals eine nukleare Bewaffnung Irans dulden. Dafür behalte sich das Land „volle Handlungsfähigkeit“ vor.

Dem widersprach Netanjahu. Er sagte, Bennett sei international nicht renommiert genug und besitze nicht die erforderliche Fähigkeit, um Iran in die Schranken zu weisen. „Meine Botschaft an jene, die in Teheran jetzt feiern, ist: Ich werde bald zurückkommen.“

Aus iranischer Sicht wird der Machtwechsel in Tel Aviv keine Wirkung auf das Verhältnis der beiden Staaten haben. „Die Politik des zionistischen Regimes wird sich nicht ändern – egal, wer geht und wer kommt“, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Said Chatibsadeh.

REAKTIONEN AUF DIE WAHL RAISIS

Die USA haben die Präsidentschaftswahlen in Iran kritisiert. Den Menschen in Iran sei „ein freier und fairer Wahlprozess verwehrt worden“, zitierte AFP am 19. Juni einen Sprecher des Außenministeriums. Trotz dieser Kritik sollen die Verhandlungen mit Iran über ein neues Abkommen fortgesetzt werden, sagte der Sprecher.

Die EU erklärte sich bereit, mit der neuen Regierung in Teheran weiter zusammenzuarbeiten und die Gespräche über das Atomabkommen fortzusetzen, um zu einer Einigung zu gelangen, so eine Sprecherin des Außenbeauftragten Josep Borrell. „Bis dahin ist es wichtig, dass intensive diplomatische Bemühungen fortgesetzt werden, um den JCPOA (das Atomabkommen) wieder aufs richtige Gleis zu bringen.“

Russlands Präsident Wladimir Putin gehörte zu den ersten Gratulanten. Er sprach von den traditionell guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Auch Hamas und die libanesische Hisbollah schickten Raisi die besten Wünsche nach Teheran.

Scharfe Kritik kam aus Israel. Der neue Ministerpräsident Naftali Bennett bezeichnete die Wahl von Raisi als „Signal an die Großmächte, vielleicht das letzte Signal vor der Rückkehr zum Atomabkommen“. Er gab zu Bedenken, wie weit man ein solches Regime stärken wolle. Chamenei habe unter allen Leuten, die er habe für das Amt des Präsidenten wählen können, sich für „den Henker aus Teheran“ entschieden. „Was uns allen klar ist: Ein Regime von Henkern darf keine Massenvernichtungswaffen besitzen“, sagte Bennett auf einer Kabinettsitzung am 20. Juni.

Israels Außenminister Jair Lapid twitterte: „Der neue Präsident Irans, der als „Henker von Teheran“ bekannt ist, ist ein Extremist, der für den Tod von Tausenden von Iranern verantwortlich ist. Er strebt nach Nuklearwaffen und unterstützt den internationalen Terrorismus.“

IRANISCHER GENERAL RECHNET MIT UNRUHIGEN ZEITEN IN DER ÄRA BIDEN

General Hossein Salami, Oberbefehlshaber der iranischen Revolutionsgarden, erklärte laut Medienberichten vom 30. Mai, die Region (des Nahen und Mittleren Ostens) werde in der Ära des amerikanischen Präsidenten Joe Biden keine ruhigen Zeiten erleben. „Die Amerikaner werden unter Biden dieselbe Strategie verfolgen wie unter Bidens Vorgänger. Sie sind nicht vertrauenswürdig, sie werden weiterhin Israel und Saudi-Arabien unterstützen.“

Diese Stellungnahme des Generals erfolgt zu einer Zeit, in der Iran indirekt mit den USA über ein neues Atomabkommen verhandelt und in der Vertreter Irans unter irakischer Vermittlung mit Vertretern Saudi-Arabiens in Bagdad Gespräche führen. Berichten iranischer Medien zufolge, die sich auf Regierungskreise berufen, seien sowohl Riad als auch Teheran an einer Annäherung und Klärung der Konflikte stark interessiert. Die beiden Länder hatten vor fünf Jahren ihre diplomatischen Beziehungen abgebrochen.

Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif hatte einige Tage zuvor erklärt, zwischen der Regierung des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump und der Joe Bidens gebe es Unterschiede. Iran könne von Biden mehr erwarten als von Trump. Dem widersprach General Salami, ohne dabei auf Sarifs Äußerung Bezug zu nehmen. „Jemand wie Biden wird die Strategie der USA nicht ändern“, sagte er. „Mag sein, dass Biden andere Methoden verwendet, doch die Ziele bleiben die gleichen.“

„Die amerikanischen Besatzer sind weiterhin im Irak präsent“, sagte der General weiter. „In Syrien schüren sie das Feuer, ein Feuer, das auch mit Hilfe der Saudis auf Jemen herabregnet. Allein aus Afghanistan mussten sie flüchten. Für sie gibt es keinen Ausweg

mehr, sie müssen aus der ganzen Region abhauen. Sollten sie nicht gehen wollen, werden sie hinausgeworfen. Es scheint, dass sie langsam ihre Lage zu begreifen beginnen.“

ROHANI LOBT BEZIEHUNGEN ZU RUSSLAND

Irans Noch-Präsident Hassan Rohani würdigte die vielseitigen Beziehungen zu Russland. „Wir haben gemeinsam mit Russland zwei Atoanlagen gebaut“, sagte er. Gemeint sind wohl die Anlagen in Buschehr. „Derzeit haben wir zu Russland in vielen Bereichen gute Beziehungen. Gleichzeitig stimmen wir uns mit Russland und China bei den Atomverhandlungen in Wien ab, um die Sanktionen so rasch wie möglich aufheben zu können.“ Diese positiven Äußerungen Rohanis befinden sich im Widerspruch zu den Äußerungen seines Außenministers Mohammad Dschawad Sarif, der in einem Interview erklärte, Russland habe 2015 alles versucht, um einen Erfolg der Atomverhandlungen zu verhindern.

Rohani betonte die Notwendigkeit der Kooperation mit anderen Staaten. Zwar müsse Iran sich aus eigener Kraft entwickeln. „Das ist aber nicht möglich, wenn wir uns isolieren“, sagte er. Er übte scharfe Kritik gegen jene radikalen Gruppen, die die Beziehungen zu den Nachbarstaaten zerstört hätten. „Verflucht seien jene, die mit ihren dummen und kindischen Aktionen, wie Angriffe auf diplomatische Vertretungen, unsere guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten zerstört haben“, sagte der Präsident. Gemeint sind die Angriffe auf die Botschaft Saudi-Arabiens in Teheran und das saudische Konsulat in Maschad, die zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu dem Land führten.

GERICHT IN KANADA STUFT ABSCHUSS DER UKRAINISCHEN MASCHINE ALS AKT DES TERRORS EIN

Ein Gericht im kanadischen Ontario kam zu dem Schluss, dass der Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine ein „terroristischer Akt“ gewesen sei. Die Maschine wurde im Januar 2020 mit zwei Raketen der Revolutionsgarden abgeschossen. Dabei kamen alle 176 Insassen ums Leben, unter ihnen 85 Personen mit kanadischer Staatsbürgerschaft.

Der Richter Edward Belobaba erklärte am 20. Mai, nach Abwägung aller Möglichkeiten sei er zu der Schlussfolgerung gelangt, dass die Maschine mit Absicht abgeschossen und dabei der Tod von 176 Menschen in Kauf genommen worden sei. Die Kläger hätten nachweisen können, dass es sich bei dem Abschuss um einen terroristischen Akt gehandelt habe.

Bereits der frühere kanadische Außenminister François-Philippe Champagne hatte im Dezember vergangenen Jahres gesagt, er glaube nicht, dass der Abschuss der Maschine Folge eines menschlichen Fehlers gewesen sei.

Einem Bericht des kanadischen Senders CBC zufolge erklärte der Anwalt der Hinterbliebenen, Mark Arnold, es werde weitere Gerichtsverhandlungen über die Höhe der Entschädigungen geben. Vier der betroffenen Familien fordern eine Summe von 1,5 Milliarden Dollar. Die Forderung sei eher durchsetzbar, wenn die iranische Regierung wegen einer terroristischen Handlung verurteilt werde, sagte Arnold. Bei dem Prozess war kein Vertreter Irans anwesend.

Das Urteil des kanadischen Gerichts ist ungewöhnlich. Für die Hinterbliebenen sei das Urteil ein wichtiger Erfolg, sagte Habib Haghdschu, der durch den Abschuss der Maschine seine Tochter und seine achtjährige Enkelin verloren hat. „Ich freue mich sehr. Das ist ein großer Schritt“, sagte er dem Sender CBC. Iran und Kanada haben derzeit keine diplomatischen Beziehungen. Das erschwert die Durchsetzung von Forderungen. Der

kanadische Außenminister Marc Garneau sagte auf einer Parlamentssitzung in Ottawa, seine Regierung werde bald bezüglich Entschädigungen zu der iranischen Regierung Kontakt aufnehmen.

Die Familien der Opfer versuchen, auf die kanadische Regierung Druck auszuüben, damit sie die iranischen Revolutionsgarden auf die Liste terroristischer Organisationen setzt. Kanada hatte bereits die Al-Kuds-Brigade, eine Abteilung der Revolutionsgarden für Auslandseinsätze, auf die Liste terroristischer Organisationen gesetzt. Aber das genügt den Familien nicht. Denn verantwortlich für den Abschuss der Maschine sei nicht die Al-Kuds-Brigade, sondern eine andere Abteilung der Garden.

Iran hatte drei Tage lang behauptet, Ursache für den Absturz der Maschine sei ein technischer Fehler gewesen. Doch nach drei Tagen, nachdem Experten aus verschiedenen Ländern festgestellt hatten, dass die Maschine abgeschossen worden war, musste auch Teheran den Abschuss zugeben. Teheran behauptet, der Abschuss sei ein Versehen gewesen. Ein bislang letzter Bericht der zivilen Luftfahrtorganisation Irans, der im März veröffentlicht wurde, führt den „Fehler“ auf die am Unglückstag besonders erhöhte „Wachsamkeit“ zurück. Kurz vor dem Abschuss der Maschine hatten die Revolutionsgarden einen Raketenangriff auf einen Militärstützpunkt im Irak unternommen, der auch von amerikanischen Militärs benutzt wurde. Man habe mit einem Gegenangriff der Amerikaner gerechnet. Der Abschuss sei erfolgt, weil man die Passagiermaschine fälschlich für eine feindliche Maschine gehalten habe. Dieser Bericht wurde sowohl von Kanada als auch von der Ukraine abgelehnt. Ihre Hauptfrage, warum in einem Alarmzustand der Luftraum nicht für Passagiermaschinen gesperrt wurde, hat Iran bislang unbeantwortet gelassen. Einige Experten sowie das Gericht in Kanada gehen davon aus, dass die Maschine vorsätzlich abgeschossen wurde. Auf die Frage, warum Iran gerade in dieser prekären Lage eine Passagiermaschine abgeschossen haben soll, gibt es bislang keine plausible Antwort.

UNO ENTZIEHT IRAN DAS STIMMRECHT

Da Iran zwei Jahre lang die Zahlung seiner Mitgliedsbeiträge versäumt hat, wurde ihm im Januar unter Hinweis auf Artikel 19 der UN-Charta das Stimmrecht in der UN-Vollversammlung entzogen. Dies teilte der UN-Generalsekretär Antonio Guterres am 28. Mai dem Präsidenten der UN-Vollversammlung Volkan Bozkir mit. Weitere vier Nationen wurden aus demselben Grund von der Abstimmung ausgeschlossen.

Iran protestierte gegen diese Entscheidung. Sie sei „grundlegend fehlerhaft und vollkommen inakzeptabel“, schrieb Außenminister Mohammad Dschawad Sarif auf Twitter an Guterres. Die Zahlungsrückstände seien auf die von den USA gegen Iran verhängten Sanktionen zurückzuführen, Sanktionen, die den Zugang Irans zum internationalen Finanzsystem verhindert hätten. „Was die UNO nicht berücksichtigt hat ist, dass der Wirtschaftsterrorismus Iran nicht einmal erlaube, die zu importierenden Nahrungsmittel zu bezahlen, geschweige denn seine Schulden an die UNO zu begleichen“, twitterte Sarif.

Der Sprecher des Generalsekretärs, Stéphane Dujarric, erklärte laut einer Meldung der AFP vom 3. Juni, es seien „sehr intensive Gespräche“ mit Teheran geführt worden. „Es liegt nicht an einem Mangel an Bemühungen, weder auf unserer noch auf ihrer Seite ... aber das Land fällt unter eine Reihe von bilateralen Sanktionen, was es ein wenig herausfordernd macht.“ Doch die Verhandlungen mit Teheran würden „in gutem Glauben weitergeführt“.

In einem Interview mit der BBC sagte Dujarric, es handele sich um 16 Millionen Dollar Rückstände. Der Entzug des Stimmrechts sei nicht auf Anordnung des Generalsekretärs erfolgt, der darauf keinen Einfluss habe. Der Entzug erfolge automatisch. Es gebe aber einen Ausweg. Wenn andere Staaten auf der Vollversammlung die Rückgabe des

Stimmrechts an den betreffenden Staat fordern, kann der Staat an der Abstimmung teilnehmen.

GERICHT LEHNT ENTSCHÄDIGUNG FÜR HEKMATI AB

Ein Gericht in den USA hat eine Entschädigung für den iranischstämmigen US-Bürger und Marineoffizier Amir Hekmati, der vier Jahre in iranischer Haft verbracht hatte, abgelehnt. Hekmati war im August 2011 in Iran festgenommen und im Januar 2012 unter dem Vorwurf, für die CIA spioniert zu haben, zunächst zum Tode und später zu zehn Jahren Gefängnisaufenthalt verurteilt worden. Vier Jahre später kam er im Zuge eines Gefangenenaustauschs zwischen Iran und den USA frei.

Eigentlich stand ihm als „Opfer des Terrorismus“ eine Entschädigung von 20 Millionen US-Dollar zu. Doch die zuständige Stelle verweigerte die Entschädigung. Sie beruft sich auf eine Stellungnahme des FBI, das behauptet, Hekmati arbeite mit iranischen Geheimdiensten zusammen. Das Gericht erklärte am 2. Juni, es sei nicht befugt, die Entscheidung der zuständigen Behörde zu revidieren.

Hekmati sagte in einem Interview mit der BBC, das FBI habe ihn nie der Spionage für Iran bezichtigt. 2016 habe ihn ein FBI-Beamter darauf angesprochen. Seitdem habe er nichts mehr gehört. Obwohl keine Behörde ihn wegen Spionage für Iran angeklagt habe und es keinerlei Beweise für diese Unterstellung gebe, habe das FBI die Auszahlung einer Entschädigung an ihn verhindert.